

Der Gemeindegewerkschafter

Zeitschrift für die Interessen der Handwerker, Arbeiter und Bediensteten in den Gemeinde-Kreis- und Provinzial-Betrieben
Organ des Zentralverbandes der Gemeindegewerkschafter und Straßenbahner Deutschlands
:: Mitglied des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften ::

Erscheint alle 14 Tage. Für Mitglieder gratis.
Durch die Post bezogen vierteljährl. 1.50 Mk.

... Fernsprecher M 8538. ...
Redaktionschluß Montags
Mittags vor Erscheinen d. Blattes.

Anzeigenpreis für die viergespaltene Petit-
zeile 20 Pfg. Anzeigen d. Ortsgruppen 10 Pfg.

No. 19

Cöln, den 9. September 1916.

IV. Jahrgang.

Das Kriegsernährungsamt.

Mit der längeren Dauer des Krieges stellte sich immer mehr heraus, daß die Lebensmittelversorgung und -Verteilung, sowie die Regelung der Preisfrage eine Aufgabe war, die das Reichsamt des Innern nicht zu lösen vermochte. Spät, für die befriedigende Regelung mancher Fragen zu spät, wurde daher hierfür ein besonderes Amt, das Kriegsernährungsamt neu geschaffen, in dessen Vorstand auch zwei Vertreter der Konsumenten: Kollege Stegerwald und Dr. M. Müller von der Zentraleinkaufsgesellschaft in Hamburg berufen wurden. Große, wie sich jetzt herausgestellt hat, zu große Hoffnungen sind auf das R.-E.-A. gesetzt worden. Insbesondere ist es ihm bis jetzt nicht gelungen, die Preise für die notwendigen Lebensmittel, insbesondere Kartoffeln, Fleisch, Gemüse und Obst auf eine für die große Masse erschwinglichen Höhe herabzudrücken, vielmehr ist inzwischen die Preiskurve für diese Lebensmittel noch erheblich heraufgeklüffert. Also ungefähr das Gegenteil eingetreten, was von der Tätigkeit des R.-E.-A. erhofft wurde. Diese Tatsache berechtigt nun aber nicht so ohne weiteres das Amt hierfür verantwortlich zu machen. Nach den gemachten Veröffentlichungen zu urteilen, ist es ohne Zweifel mit allen Mitteln bestrebt gewesen, Remedur zu schaffen, ohne aber den Zweck zu erreichen. Wahrscheinlich, ja mit Bestimmtheit ist anzunehmen, daß ohne das Eingreifen desselben noch schlimmere Zustände sich herausgewachsen hätten. Die Ueberführung des vielgestaltigen, freien Wirtschaftslebens in die gebundene, amtliche Form läßt sich nicht von heute auf morgen erledigen. Zu berücksichtigen ist des weiteren, daß auf manchen Gebieten der Karren der Lebensmittelversorgung tief im Dreck stand, als das R.-E.-A. seine Tätigkeit begann. Die Hauptschwierigkeit liegt aber, soweit die Preisfrage in Betracht kommt, wohl in der Befürchtung der amtlichen Stellen, durch ein festes Zugreifen die passive Resistenz der Produzenten herbeizurufen und damit eine Minderung der Produktion herbeizuführen. Allzu oft haben wir in den letzten zwei Jahren gehört, daß durch eine den verteuerten Produktionskosten angepaßte Erhöhung der Preise die Produktion angeregt und gefördert werden müsse.

Gewiß ist dieser Grundsatz richtig, aber es scheint doch, als wenn in diesem Punkte des Guten zu viel geschehen sei. Weite Kreise der Produzenten und Händler genügt schon die Tatsache, daß Krieg ist, nicht nur den Mehrbetrag an Erzeugungs- und Ankosten, sondern einen durch nichts motivierten Extrakriegsgewinn auf die Ware drauf zu schlagen. Bei den Kriegslieferanten, denen die Seeresverwaltung nicht nur angemessene, sondern recht hohe Preise zahlen mußte, weil der Kriegsbedarf unter allen Umständen rechtzeitig be-

schafft werden muß, fing es an. Als dann eine Reihe von Waren auf dem Markte knapp wurden, setzte die Spekulation ein, so daß alle Waren erheblich im Preise heraufschossen. Selbst bei Produkten, wie zum Beispiel das Obst, wo fast gar keine, oder nur höchst geringe Mehrkosten in Frage kommen, stiegen die Preise um 100, ja 300 Prozent. Die amtlichen Stellen gingen nur recht zaghaft mit Höchstpreisen und Beschlagnahmeverordnungen vor. Warten Kreisen, die dieses merkten, kam der Appetit mit dem Essen und da ein Teil der Konsumenten, soweit sie dazu in der Lage waren, jeden geforderten Preis bezahlten, schlugen sie drauf, was nur zu bekommen war. Das allzu weite Entgegenkommen der amtlichen Stellen hat aber in manchen Fällen nicht zur Mehrproduktion geführt, sondern das Gegenteil bewirkt. So steht heute fest, daß die zu hohen Preise für Frühkartoffel die Landwirte verführt haben, Spätkartoffeln unreif aus dem Boden zu reifen, um nur ja die höchsten Preise zu bekommen. Ein Teil der Großstädte, die vorher an Kartoffelmangel litten, ersticken nun ein paar Tage in Kartoffeln, die, da sie sich nicht aufbewahren ließen, zum großen Teil verderben und versaulen. Mit der Tatsache, daß ein Teil der Produzenten und Händler in keiner Weise sich den vaterländischen Aufgaben gewachsen zeigt, ihren eigenen Vorteil über das Wohl der Gesamtheit und die gegenwärtigen Notwendigkeiten stellt, wird auch in Zukunft zu rechnen sein. Mit den bisherigen allzu weit gehenden Rücksichten auf diese Kreise muß Schluß gemacht werden. Nicht dadurch werden wir durchhalten, daß gewissen Kreisen und Ständen ein besonders gutes Einkommen, oder hohe Kriegsgewinne zu erwerben gestattet wird, sondern daß die große Masse des Volkes die allernotwendigsten Lebensmittel, wie Brot, Kartoffeln, Gemüse, Obst und etwas Fett und Fleisch zu einem erschwinglichen Preise erwerben kann. Dieses muß erreicht werden, selbst auf die Gefahr hin, daß sich die Lebenshaltung der bemittelten Stände, durch die gesteigerte Konsumkraft der breiten Masse, sich deren Lebenshaltung immer mehr nähert.

In seinem Aufruf vom 1. August sagt das R.-E.-A.: „Das Kriegsernährungsamt wird alles daran setzen, daß die Nahrungsmittel gerecht und gleichmäßig verteilt werden und daß die Preise nicht über die durch die Kriegsverhältnisse gebotenen Grenzen hinausgehen. Soweit sich ohne Gefährdung der Bedarfsicherung eine Senkung des Preisstandes ermöglichen läßt, wird darauf hingewirkt werden.“

Ohne Zweifel ist es bestrebt gewesen, das hier gegebene Versprechen zu erfüllen. Wenn der Erfolg bis jetzt ausgeblieben ist, mag das an den oben angeführten Umständen liegen. Hoffentlich ist es ihm aber gelungen, die Hindernisse

aus dem Wege zu räumen, um nun endlich mit dem Abbau der ungerechtfertigten Höhe der Lebensmittelpreise zu beginnen.

Soweit wie jetzt bekannt, ist der Preis für Roggenmehl um 1 M. pro Doppelzentner herabgesetzt. Ebenso soll der Preis für Weizengries von 45 auf 28 Pfg. für das Pfund im Kleinhandel herabgesetzt werden. Ob der geringe Preisrückgang für Roggenmehl auch im Brotpreise zum Ausdruck kommen wird, erscheint noch sehr zweifelhaft.

Ein weiterer erfreulicher Beschluß ist das Verbot, Brotgetreide zu Kornbranntwein zu verbrennen. Leider ist dieses Verbot auf Kartoffeln nicht ausgedehnt. Bei der niedrigen, täglich nur eineinhalb Pfund betragenden Ration von Kartoffeln und der Knappheit an Futtermittel, infolgedessen auch an Fleisch und Fett, wäre ein vollständiges Verbot für Kartoffeln ebenfalls angebracht. Zuzulassen wäre hier nur soviel, wie wir an Spiritus für das Heer und die Industrie unbedingt gebrauchen. Eine recht große Knappheit an Triakbranntwein wäre im wahren Interesse der großen Masse nur lebhaft zu begrüßen.

Nur wenn das R.-E.-A. auf diesem beschrittenen Wege fortgeht, trotz aller Schwierigkeiten den Bedürfnissen der Mehrzahl des Volkes Rechnung trägt, wird ihm das Vertrauen der Gesamtheit nicht fehlen. Um Vertrauen kann man nicht bitten. Vertrauen muß durch die Tat erworben werden.

In einer Versammlung in Essen hat der Kollege Stegerwald in der Öffentlichkeit Stellung zu diesen Fragen genommen. Bei der Kartoffelversorgung sei es der Wille des Kriegsernährungsamtes gewesen, der minderbemittelten Bevölkerung die Kartoffeln für 4,75 Mk. pro Zentner frei Keller zu besorgen. Diese Absicht wurde aber durch die hohen Gebühren, die den Kommissionären in Aussicht gestellt sind, durchkreuzt. Ursprünglich waren den Lieferungskreisen pro Zentner 30 Pfg. zugezahlt, die aber inzwischen auf 20 Pfg. reduziert sind. Auch dieser Betrag ist bei den mehr wie angemessenen Preisen von 4,00 Mk. pro Zentner für die Produzenten noch zu hoch. Im einzelnen stellt er dann folgendes in Aussicht:

In der Viehverföorgung wird in den nächsten Monaten ein Ausgleich zwischen den einzelnen Bezirken eintreten. In Fett wird die Knappheit noch bestehen bleiben, weil die Futtermittelföröorgung nicht einheitlich erfolgt war. Vorgeesehen ist, daß für Milch und Butter Sammelstellen in allen Dörfern errichtet und die Bürgermeister dazu verpflichtet werden, um auf diese Weise für die städtische Bevölkerung die Mengen zu bekommen, die erschwingbar im Reiche sind. Auch die Eierverhältnisse bleiben knapp; die Einfuhr fehlt, und die Erzeugung im Inland ging zurück. Hier kann eine Erleichterung einstweilen nicht in Aussicht gestellt werden. Aber mit dem nächsten Frühjahr ist eine Erleichterung zu erwarten. (Zuruf: 40 Pfg. das Ei!) Die 40 Pfg.-Geschichte wird bald aufhören, dieser Wucher darf nicht so weiter gehen. Das R.-E.-A. kann man nicht dafür verantwortlich machen. Der Handel mit Gemüse und Obst wird syndiziert, und die Preise für Spätgemüse werden vom Reichskanzler festgesetzt, so daß die Verhältnisse, wie sie jetzt liegen, nicht mehr lange dauern können. Im neuen Wirtschaftsjahr wird die ganze arbeitende Bevölkerung, nicht bloß die Schwerarbeiter, Brotzusatzkarten erhalten, auch die reifere Jugend. Ob dies auch für die ganze Bevölkerung sein wird, ist noch nicht sicher. Dann muß in einer Anzahl von Städten eine Nachprüfung der Brotpreise vorgenommen werden, weil große Unterschiede bestehen. Zu erwarten besteht eine Ermäßigung der Gerste- und Haferpreise. Weiter wird bei Suppenartikeln, Grieß, Graupen, Grütze, und auch bei Malzkaffee eine Herabsetzung der Preise stattfinden. Endlich

wird auch im Herbst eine Senkung der Fleischpreise besonders für Rindfleisch in Aussicht gestellt. Den Schwerarbeitern werden vom Herbst an, sobald die Fettregelung für das ganze Reich durchgeführt ist, höhere Mengen als der übrigen Bevölkerung zugeführt werden müssen.

Besonders werden für die ganze minderbemittelte Bevölkerung Erleichterungen zu schaffen sein, entweder durch eine Differenzierung der Preise nach Einkommenstufen, oder es muß zu besonderen Lebensmitteln, deren Preise hoch stehen und nicht plötzlich gesenkt werden können, aus Reichsmitteln ein besonderer Zuschuß gegeben werden. Die Erwägungen und Verhandlungen darüber sind noch nicht abgeschlossen, aber den ärmeren Schichten dürfen im kommenden Winter nicht mehr die großen Opfer auferlegt werden wie in den letzten Monaten. Einig ist man im R.-E.-A., daß für die ärmeren Schichten Erleichterungen in den nächsten Monaten eintreten müssen. Das deutsche Volk hat ein Recht, vom R.-E.-A. dreierlei zu verlangen: 1. eine einheitliche Regelung der wichtigsten Lebensmittel durch das ganze Reich; 2. eine richtige Verteilung zwischen Stadt und Land, zwischen Bemittelten und Unbemittelten; 3. die Hintanhaltung von Phantasiereisen und eine Senkung der Preise.

Kriegsbeschädigtenfürsorge und Gewerkschaften.

In den Tagen vom 22. bis 26. August tagte in Köln ein Kongreß, der sich mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge befaßte. Bei der großen Bedeutung, die die Kriegsbeschädigten in Zukunft für das deutsche Wirtschaftsleben, für die soziale Stellung des Arbeiterstandes, sowie auch für die Gewerkschaften haben, war es selbstverständlich, daß sich die letzteren auch bei der Fürsorge für die Beschädigten beteiligten.

Gelegentlich des oben genannten Kongresses, an dem Vertreter aller bestehenden Gewerkschaftsrichtungen teilnahmen, traten diese Vertreter zu einer besondern Tagung zusammen.

Herr Legien eröffnet die Versammlung und begrüßt die anwesenden Gäste, insbesondere den Herrn Oberbürgermeister Geib als Vertreter des Reichsausschusses der Kriegsbeschädigtenfürsorge, den Herrn Geheimrat Dr. Pannwitz als Leiter der Zentrale für soziale Fürsorge beim General-Gouvernement in Belgien und Herrn Dr. P. Girschfeld (Berlin). An der Versammlung sind beteiligt die Vertreter der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der christlichen Gewerkschaften, der Deutschen Gewerksvereine und der Polnischen Berufsvereinigung, sowie eine Reihe von Angestelltenvereinigungen. Das Bureau der Konferenz wird gebildet von den Herren Legien (Generalkommission der Gewerkschaften), Giesbertz (Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften), Hartmann (Verband der Deutschen Gewerksvereine) und Gwizdek (Polnische Berufsvereinigung). Das einleitende Referat über die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge erstattet Herr Wels (Berlin). Er weist darauf hin, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge auf freier Organisation, unter Zusammenfassung der verschiedenen, auf diesem Gebiete tätigen gemeinnützigen Organisationen, aufgebaut sei. Eine Zentralisation dieser Bestrebungen, die auch der Reichstag forderte, wurde durch die Einsetzung eines Reichsausschusses geschaffen und die Organisation der Provinz Brandenburg den übrigen Reichsteilen als Muster empfohlen. Dabei wurde den Provinzial-, Kreis- und Ortsausschüssen nahegelegt, auch Vertreter der Arbeitgeber und Arbeiter paritätisch an der Fürsorgetätigkeit zu beteiligen. Aber dieser gute Rat wurde schon in der Provinz Brandenburg nur sehr unvollkommen befolgt und ebenso zeigte sich anderwärts eine Abneigung gegen die Schaffung paritätischer Organisationen, wie eine Erhebung der Generalkommission bei den ihr angehörigen Gewerkschaftsvertretern bestätigte. Wo aber Arbeitervertreter hinzugezogen wurden, werden sie häufig nicht an den Arbeiten beteiligt, so daß diese Zugiehung bloß eine Dekoration geblieben ist. Die Abneigung gegen die Gewerkschaft-

ten, die vor dem Kriege bestand, herrscht auch heute noch in weiten Kreisen. Die Reichsbehörden erkennen die Gewerkschaften an, aber sie haben keinen Einfluß auf die untern Organe; es fehlt ihnen die anordnende Gewalt; sie können nur Ratschläge erteilen, die besonders beim alten preußischen Landrat auf taube Ohren stoßen. Der Vorsitzende des Reichsausschusses kennt die Schwierigkeit, die der paritätischen Organisation in den preußischen Kreisen gemacht werden, wie aus einem verlesenen Rundschreiben ersichtlich ist, in dem die Zuziehung von Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber zwar empfohlen, aber von der Art des Aufbaues der Organisation abhängig gemacht wird. Wie manche Provinzialbehörden die Gewerkschaftsgruppen behandeln, beweist ein Ersuchen der Zentralvertretungen derselben an den Oberpräsidenten der Provinz Brandenburg, am 27. Oktober 1915, um eine Rücksprache in Sachen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, auf welche dieselben monatelang keine Antwort erhielten, dann um Aufschub ersucht wurden und bis heute noch keine Erledigung des Gesuches erreichen konnten. (Lebhaftes Hört, hört.) Angeichts solcher Vorgänge sei es mit der Geduld der Arbeiterorganisationen und den Erwartungen auf die freie Organisation zu Ende und eine reichsgesetzliche Regelung der Organisation nicht länger aufzuschieben. Die Organisation müsse lückenlos durch das ganze Reich durchgebaut sein und schon während des Krieges, weil sie nach dessen Abschluß ihre härteste Probe zu bestehen habe. Eine Umfrage der Generalkommission in 296 Orten ergab, daß in 147 Orten Fürsorgeausschüsse bestehen. Am besten sei die Organisation in Sachsen (Heimatsank). Als Berufsberater seien 931 Vertreter, als Beisitzer 445 Vertreter der Gewerkschaften tätig. Bedenkt man, daß allein 200 Berufsberater auf Berlin entfallen und zieht man die Zahlen einiger Großstädte ab, dann bleibt für das übrige Reich wenig übrig. In Krefeld habe man die Zuziehung von Gewerkschaftsvertretern abgelehnt mit der Begründung, daß politische und konfessionelle Gesichtspunkte nicht in Betracht kommen dürften. Auf weitere Vorstellungen wurde erwidert, daß man den Kreis der Mitwirkenden nicht unnötig vergrößern wolle. Die Hauptsache sei, daß den Kriegsbeschädigten rasch geholfen werde. Es handelt sich aber um eine dauernde Aufgabe, für die eine dauernde Organisation geschaffen werden müsse. Schließlich erklärte man, daß man auf das Ersuchen vielleicht einmal zurückkommen werde, wenn sich eine Notwendigkeit dafür ergebe. Die Arbeitszuweisung sei in manchen Orten höchst primitiv, ohne Rücksicht auf den Zustand der Kriegsbeschädigten, so daß sie deren Vertrauen nicht erwerben könne. Bei der jetzt erfreulich fortschreitenden Zentralisation der Arbeitsnachweise sei darauf zu achten, daß nicht besondere Kriegsbeschädigten-Arbeitsnachweise geschaffen oder Wafanzellen nach Art der vom Verband der märkischen Arbeitsnachweise herausgegebenen verbreitet werden, in denen Stellen zu niedrigen Löhnen ausgebaut werden.

Die Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge sei reichsgesetzlich zu regeln, weil die ministeriellen Anweisungen nicht ausreichen, eine befriedigende Organisation zu schaffen. Das Reich habe die Pflicht, die notwendigen Garantien und Mittel für die Opfer des Krieges zur Verfügung zu stellen.

Als zweiter Referent erwört Herr Streiter (Berlin) einige Spezialfragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge. Das Mannschaftsversorgungsgesetz enthalte bedenkliche Mängel, auf die bereits der Sonderausschuß des Reichsausschusses hingewiesen habe. Die Militärrente für einen völlig erwerbsunfähigen Mann betrage nur 720 M pro Jahr, ein Betrag, mit dem besonders in einer größeren Stadt nicht auszukommen sei. Hier müsse eine Reform nach sozialen Gesichtspunkten eintreten. Vor der Armenpflege müßten die Kriegsbeschädigten unter allen Umständen bewahrt werden. Den Gemeinden könne man auch nicht dauernd größere Opfer auferlegen. Hier müsse das Reich ausreichende Fonds zur Verfügung stellen. Auch für die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und Kriegskranken müsse etwas geschehen, da man sie nicht der Armenpflege überlassen dürfe. Die Arbeitsbeschaffung

müsse in engster Verbindung mit den Arbeitsnachweisen stehen und da, wo Arbeitsgemeinschaften bestehen, möglichst diesen übertragen werden. Den privaten Wohlfahrtsvereinen, die, oft von zweifelhaften Elementen geleitet, sich mit Arbeitsvermittlung befassen, müsse man energisch auf den Leib rücken. Man möge sich an die zuständigen Gewerkschaften wenden, wo paritätische Einrichtungen nicht bestehen.

Der Vorsitzende unterbreitet der Versammlung folgende Entschließung der Zentralen sämtlicher Gewerkschaftsgruppen, die der Kongrestagung vorgelegt werden soll.

Die Entschließung lautet:

„Die Arbeiter und Angestellten Deutschlands sind an der Fürsorge für die kriegsverletzten und kriegserkrankten Kriegsteilnehmer aufs lebhafteste interessiert und haben sich seither an den Einrichtungen der Kriegsbeschädigtenfürsorge, die besonders nach Schluß des Krieges von größter volkswirtschaftlicher Bedeutung sein wird, beteiligt. Sie bedarf zur erfolgreichen Wirksamkeit in erster Linie des Vertrauens der von der Fürsorge selbst betroffenen Personen. Dieses Vertrauen kann nur erworben werden, wenn ihnen die Leistungen der Fürsorge durch eine reichsgesetzlich geregelte Organisation gewährleistet werden. Da die Kriegsbeschädigtenfürsorge dieser Grundlage bisher entbehrt, fordern die in Köln anlässlich der Tagung für Kriegsbeschädigtenfürsorge (23. bis 25. August 1916) versammelten Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands deren reichsgesetzliche Regelung.“

Die Voraussetzung einer solchen wirksamen Organisation ist, daß neben den Vertretern anderer Berufskreise auch die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen überall als vollberechtigt hinzuzuziehen sind zur Mitwirkung nicht nur bei allgemeinen Aufgaben der Kriegsbeschädigtenfürsorge, sondern vor allem in den wichtigsten Sondergebieten der Berufsberatung und Arbeitsbeschaffung in den Bezirks- und örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorgeorganisationen.

Von ihren im Reichsausschuß der Kriegsbeschädigtenfürsorge mitarbeitenden Vertretern erwarten die Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß sie auch weiterhin unablässig bemüht sind, eine gesetzliche Neuregelung der Rentenversorgung der Hinterbliebenen nach sozialen Gesichtspunkten herbeizuführen.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands erachten es ferner als dringend notwendig, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge ihre Tätigkeit auch auf die ohne Versorgung entlassenen Kriegsbeschädigten und im Kriege Erkrankten ausdehnt.

Bezüglich der Arbeitsbeschaffung für die Kriegsbeschädigten fordern die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands, daß die örtlichen Fürsorgestellen der Kriegsbeschädigtenfürsorge in enger Verbindung mit den nicht gewerbsmäßigen Arbeitsnachweisen stehen, die die Unterbringung von Kriegsbeschädigten mit als ihre Aufgabe übernommen haben. In den Orten, in denen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Fürsorge für die Kriegsbeschädigten besonders gebildete paritätische Arbeitsgemeinschaften oder Tarifinstanzen (Schlichtungskommissionen) bestehen, die vornehmlich in der Arbeitsvermittlung und Lohnfestsetzung mitwirken, aber auch dann eingreifen, wenn Arbeitgeber bestimmte, dem Kriegsbeschädigten gegebenen Versprechen nicht halten, ist die Arbeitsbeschaffung zunächst diesen Einrichtungen zu übertragen.

Die weitere Schaffung von Arbeitsgemeinschaften als wirksamste Unterstützung der Kriegsbeschädigtenfürsorge ist überall und für alle Berufe zu erstreben.

Die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenorganisationen Deutschlands betrachten es als eine selbstverständliche Pflicht der Dankbarkeit, daß alle organisierten Arbeiter und Angestellten den Kriegsbeschädigten im Arbeitsverhältnis die weitestgehende Unterstützung gewähren und ihnen in treuer Kameradschaft jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen.“

Der Oberbürgermeister Geib dankt der Konferenz für ihre Teilnahme an der Kriegsbeschädigtenfürsorge und nimmt für den von ihm vertretenen Reichsausschuß in Anspruch, daß er bereitwillig mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen zusammengearbeitet habe. Ihre Leitsätze seien im Einvernehmen mit den Vertretern der Unternehmer und Arbeiter gefaßt. In der Praxis sei es leider noch anders, weil der Reichsausschuß nur eine beratende und begutachtende Stelle sei und keine Direktiven geben könne. Redner verteidigt den Vorsitzenden des Reichsausschusses gegen den Vorwurf des Herrn Wels, als ob er nur ein Scheingefecht für die paritätische Vertretung führe, und gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß der Reichsausschuß stets Hand in Hand mit den Organisationen der Arbeitgeber und Arbeiter wirken werde.

Herr Brüchner (Berlin) bestätigt aus seiner Erfahrung, daß die Herren Landräte sich wenig um die Empfehlungen des Reichsausschusses kümmern, so daß es der reichsgesetzlichen Regelung der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge bedürfe. Auch müßten die Arbeitsgemeinschaften der Unternehmer- und Arbeiterorganisationen als weiteres Glied in dieser Fürsorge ausgebaut werden. Redner erörtert die Mängel der seitherigen Fürsorge, besonders in Berlin.

Herr Ziegler (Siegen) erklärt sein Einverständnis mit der vorgelegten Entschlieung und legt dar, daß die Arbeitervertreter bei den untern Instanzen in Siegen die gleichen üblen Erfahrungen gemacht haben. Eine gesetzliche Regelung sei notwendig, besonders im Interesse der Kriegsbeschädigten nach dem Kriege.

An der weiteren Debatte beteiligen sich die Herren Dieck (M.-Gladbach), Sauer (Karlsruhe) und Siebel (Berlin), die im Sinne der vorgelegten Entschlieungen sprechen.

Die Entschlieung wird von der Konferenz einstimmig angenommen und Herr Giesberts beauftragt, dieselbe der morgigen Tagung des Kongresses zur Vorlesung zu bringen. Ferner wird beschlossen:

„Die Konferenz beauftragt die Zentralstellen der Gewerkschaften und Angestelltenorganisationen, gemeinsam die weiteren, den Interessen der Kriegsbeschädigten dienenden Maßnahmen zu treffen, und zwar:

1. bei dem Herrn Reichskanzler dahin vorstellig zu werden, daß die Kriegsbeschädigtenfürsorge bessere organisatorische Grundlagen erhält;
2. an den Reichstag und Bundesrat eine in gleichem Sinne gehaltene Eingabe zu richten;
3. eine Zusammenstellung der Orte bzw. Kreise zu machen, an denen eine Fürsorgeorganisation vorhanden ist;
4. Vereinbarungen über die Vertretung der Gewerkschaften und Angestelltenvereinigungen in diesen Organisationen zu treffen.“

Nach dieser Erledigung der Fragen der Kriegsbeschädigtenfürsorge beschließt die Konferenz einstimmig folgende gemeinsame Erklärung der vertretenen Gewerkschaften und Angestelltenverbände gegenüber den Gelben Organisationen.

„Angesichts der stets erneuten Bestrebungen, die sogenannten gelben Organisationen (Wertvereine, Betriebsvereine, vaterländische Arbeitervereine usw.), die von seiten der Unternehmer gegründet, unterhalten oder unterstützt werden, den gewerkschaftlichen Arbeiterorganisationen in der Vertretung von Arbeiterinteressen während des Krieges gleichzustellen und zur Geltung zu bringen, erklärt die am 23. August in Köln gemeinsam tagende Konferenz von Vertretern der gewerkschaftlichen Zentralverbände, der Generalkommission der Gewerkschaften, des Gesamtverbandes der Christlichen Gewerkschaften, des Verbandes der Deutschen Gewerksvereine (G.-D.) und der Polnischen Berufsvereinigung sowie des Deutschen Werkmeisterverbandes, daß sie die gelben Organisationen als unabhängige Vertretungen von Arbeiterinteressen nicht anerkennt und das Zusammenwirken mit ihnen bei gemeinsamen Sündgebungen von Arbeiterorganisationen ablehnt.“

Mit dem Wunsche, daß die hier geschaffene Arbeitsgemeinschaft die Unterstützung in allen Kreisen der vertretenen Organisationen finden möge, schließt der Vorsitzende die Konferenz.

Aus unsern Berufen.

Erhöhung der Teuerungszulage in Amberg.

Die bisher den städtischen Arbeitern und Angestellten gewährte Teuerungszulage von 30 Pfg. pro Tag ist nunmehr, infolge unseres Vorgehens, auf 60 Pfg. pro Tag erhöht worden. Außerdem wurde eine Zulage von 10 Pfg. pro Tag für jedes zu unterhaltende Kind bewilligt.

Eingaben um eine weitere Erhöhung der Zulagen wurden gemacht für die Gemeindearbeiter und Straßenbahner in Bonn und Hagen, für die Gemeindearbeiter in Essen und Düsseldorf.

Starnberg. Auf Veranlassung unseres Verbandes wurde die bisherige Teuerungszulage von 5 M. auf 12 M. im Monat erhöht, und eine Kinderzulage im Betrage von 3 M. pro Kind und Monat gewährt.

Kriegsteuerzulage in Zwickau.

Der Rat der Stadt Zwickau hat nunmehr ebenfalls die Teuerungszulagen erhöht. Neben der bisherigen Zulage von 50 Pfg. die Woche für jedes zu unterhaltende, schulpflichtige Kind soll den unverheirateten und verheirateten städtischen Arbeitern ohne Kinder 1 M., bei einem Kinde 2 M., bei zwei Kindern 2,50 M., drei Kindern 3 M., vier Kindern 3,50 M., und bei fünf Kindern 4 M. Zulage pro Woche gewährt werden.

Rundschau.

Auszeichnung. Mit der Verleihung des Eisernen Kreuzes ausgezeichnet wurde der Kollege Josef Zabelberg. Mitglied der Ortsgruppe Köln, Straßenbahner. Dem Kollegen Franz Wettstein von der Ortsgruppe München wurde die vom Kaiser gestiftete Rote-Kreuz-Medaille 3. Klasse verliehen.

Unsern herzlichsten Glückwunsch. Möge ihnen eine glückliche Heimkehr beschieden sein.

Anton Heutmann †. Wieder hat der Krieg eine schmerzhaft tiefe Wunde in die christliche Arbeiterbewegung gerissen. Am 15. August fiel in den schweren Kämpfen an der Somme der Redakteur des christlichen Textilarbeiterverbandes und Stadtverordneter in Düsseldorf, Kollege Anton Heutmann. Sein edler Charakter, seine Pflichttreue und unermüdeter Eifer für die Verwirklichung unserer Bestrebungen sichern ihm ein ehrendes Andenken.

Unseren Düsseldorfer Kollegen hat er besonders nahe gestanden. Stets bereit, innerhalb des Stadtverordnetenkollegiums sich der Interessen der wirtschaftlich Schwachen besonders anzunehmen, ist mancher soziale Fortschritt seinem Fleiße und seiner Geschicklichkeit zu verdanken. In unseren Versammlungen, wo er ein gern gesehener Gast und Redner war, wußte er manchen durch die Ueberzeugungskraft seiner Worte für unsere gute Sache zu begeistern. Nun, wo er seine Pflichttreue gegenüber seinem Vaterlande mit dem Tode bestiegelt hat, werden wir ihn schmerzlich vermissen. Möge ihm der Lohn dort droben nicht vorenthalten bleiben.

Aus den Ortsgruppen.

Köln. In der letzten Sitzung der sozialpolitischen Deputation an der auch Kollege Dedenbach noch teilnahm, wurden einige Beschlüsse gefaßt, die allgemeine Beachtung verdienen. Zunächst wurde einem langjährigen Wunsche der Arbeiter entsprochen, vor Schluß der Arbeitszeit, mittags und abends, kurze Wapspausen einzuführen. Es wurde dieserhalb beschlossen, für die in Betracht kommenden

Betriebe und Arbeiter die Waschpausen auf 5 Minuten festzusetzen. Einem Antrage, die Arbeitszeit für die Wagenputzerinnen von 9 1/2 auf 8 Stunden festzusetzen, wurde nicht stattgegeben. Diese Verkürzung der Arbeitszeit wäre nur durch eine Lohnkürzung zu erreichen gewesen, was im Interesse der betr. Arbeiterinnen vermieden wurde. — Die Anstellung von Hilfsaufseherinnen bei der Straßenbahn hatte vielfach beim Personal Anstoß erregt. Besonders ältere Schaffner glaubten sich zurückgesetzt. Nach den Erklärungen der Direktion sollen die Hilfsaufseherinnen aber nur das weibliche Personal kontrollieren und die Zahl auf das Mindestmaß beschränkt bleiben. Für die Kontrolle des männlichen Personals werden nur männliche Aufseher bzw. Hilfsaufseher verwendet. Die Hilfsaufseherinnen erhalten bei einer täglich neun- einhalbstündigen Arbeitszeit den Lohn der Schaffnerin und dazu eine Zulage von täglich eine Mark. — Für die Fahrerinnen, deren bereits eine Anzahl tätig ist, wurde der Grundlohn ebenfalls wie für die Schaffnerinnen festgesetzt, zusätzlich einer Zulage von 90 Pfg. für den achttündigen Dienst. Bei weniger als 4 Stunden Dienst beträgt die Zulage 50 Pfg.

Der Lohn der Aushilfschaffnerinnen bei den Vorortbahnen wurde auf 3,50 M festgesetzt.

Die Arbeitszeit der Garten- und Friedhofsarbeiter erfuhr eine Aenderung. Sie beträgt nunmehr an 225 Tagen 9—10 Stunden und an 75 Tagen 8 bis neunhalb Stunden. Der Beginn der Arbeitszeit in den Sommermonaten wurde von 6 Uhr auf sechs halb Uhr verlegt, dafür aber die Pausen um eine Viertelstunde verkürzt.

Es wurde dem Antrage zugestimmt, die jetzt bei der Krankenanstalt Lindenbura beschäftigten Gartenarbeiter in die Lohnklasse der angelernten Gärtner zu versetzen.

Die Bestimmungen über die Weiterbeschäftigung von in städtischen Diensten minderernverbsfähig gewordenen Arbeitern erfuhr eine Aenderung. Diese Arbeiter (Unfallverletzte usw.) erhalten, wenn sie die Arbeit eines Vollarbeiters verrichten, den gleichen Lohn wie diese. Sofern sie zu sogenannten leichten Arbeiten verwendet werden, erhalten sie den bisherigen Lohn weiter, sofern dieser 5 M pro Tag nicht überschreitet, andernfalls wird dieser auf 5 M verkürzt.

Hagen. (Westfalen.) Eine Versammlung städtischer Arbeiter tagte vor kurzem im Lokale Ernenputsch in der Mittelstraße. Bezirksleiter Krumbé aus Köln schilderte die Verhältnisse städtischer Arbeiter, wie sie vor dem Kriege waren, welche Einwirkung der Krieg auf dieselben ausgeübt und wies darauf hin, welche Aufgaben den städtischen Arbeitern erwachsen, um ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse nach dem Kriege erträglicher zu gestalten. Er betonte besonders, daß abgesehen von diesen allgemeinen Aufgaben, momentan die Arbeiterschaft darauf bedacht sein müsse, ihre augenblickliche Notlage, die durch die immer stärkeren Preissteigerungen hervorgerufen sei, zu mildern. Dies könne nur durch eine Verbesserung des Einkommens geschehen. Wenn man auch an die hiesigen städtischen Arbeiter vor längerer Zeit Steuerungsulagen bewilligt habe, so reichten dieselben schon damals nicht entfernt aus, um in etwa einen Ausgleich gegenüber der eingetretenen Verteuerung der Lebenshaltung zu schaffen. Viel weniger reichen diese Zulagen jetzt aus, nachdem die Preise immer weiter stark gestiegen sind. Eine von seiten des sozialdemokratischen Gemeindegewerksverbandes veranstaltete Versammlung hatte sich ebenfalls mit dieser Frage befaßt und von seiten dieses Verbandes wurde eine Eingabe an die Stadtverwaltung gerichtet, in der eine allgemeine Erhöhung der Löhne der städtischen Arbeiter verlangt wurde.

In der von unserer Seite veranstalteten Versammlung wurde nun vom Referenten, wie auch von einigen Diskussionsrednern die Ansicht vertreten, daß es doch jetzt im Interesse der städtischen Arbeiter wohl zweckmäßiger sei, eine Erhöhung der Steuerungsulagen zu verlangen, da in der jetzigen Zeit die Stadtverwaltungen wohl kaum für Aenderung der allgemeinen Lohnordnungen zu haben seien. Jetzt kommt es doch wohl in der Hauptsache darauf an, möglichst bald eine angemessene Erhöhung des Einkommens zu erzielen. Und dies wäre wohl am besten und schnellsten durch Erhöhung der Steuerungsulagen möglich. Man wisse doch, daß zu einer allgemeinen Neuregelung der Lohnordnungen immer recht langwierige Verhandlungen und Beratungen erforderlich seien. Dazu komme auch noch, daß es jetzt an jeder Grundlage fehle, auf der eine neue doch für einige Jahre zu berechnende Lohnordnung aufgebaut werden könne. Da die jetzigen Preisverhältnisse unmöglich als Grundlage dienen könnten, andererseits man die Verhältnisse, wie sie nach dem Kriege seien, noch nicht kenne, wäre man wohl gezwungen, die vor dem Kriege gezahlten Löhne als Richtlinie zu nehmen und dieselben mit einem entsprechenden Aufschlag in die neue Lohnordnung zu übertragen. Da solche Lohnordnungen aber nicht schon nach ganz kurzer Zeit wieder umgeändert zu werden pflegen, müsse man sich doch ernstlich fragen, ob mit einer solchen Aenderung der Arbeiterschaft

wirklich gedient sei. Da sei es doch wohl viel richtiger, die jetzt viel leichter und in viel kürzerer Zeit zu erreichenden Steuerungsulagen zu beantragen und mit allen Mitteln dahin zu streben, daß nach Beendigung des Krieges die dann bestehenden Preisverhältnisse als Grundlage dienen, auf der die dann neu zu regelnden Lohnordnungen aufgebaut werden.

Ein Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes vertrat die Ansicht, das Vorgehen des christlichen Verbandes könne von seiten der Verwaltung als ein Zeichen der Uneinigkeit der Arbeiterschaft ausgelegt werden. Dem wurde entgegen gehalten, daß, wenn dies wirklich zutreffen sollte, dann den sozialdemokratischen Verband die Schuld träge. Denn dieser habe es unterlassen, bei seinem früheren Vorgehen die anderen in Frage kommenden Verbände, den christl. und den Girsch-Dunkerschen mit zu Rate zu ziehen. Und nun könne man doch dem christlichen Verbands nicht gut zumuten, etwas zu unterlassen, was er im Interesse der städtischen Arbeiter für unbedingt notwendig erachtet, nur weil der sozialdemokratische Verband zufällig anderer Ansicht sei. Uebrigens brauche auch dadurch, daß die verschiedenen Verbände nun nicht derselben Meinung bezüglich der Form der Lohnerhöhung seien, durchaus nicht der Eindruck der Uneinigkeit der städtischen Arbeiter erweckt zu werden. Die Hauptsache sei doch wohl, daß die Verwaltung sähe, daß alle städtischen Arbeiter, sowohl christliche wie sozialdemokratisch organisierte einig seien in dem Bestreben, ihre Einkommensverhältnisse aufzubessern.

Nebener ermahnte zum Schlusse noch die anwesenden Kollegen, durch Anschluß an die gewerkschaftlichen Organisationen den Einfluß derselben so zu stärken, daß es den Verwaltungen auf die Dauer nicht möglich sei, die Arbeiterschaft auf die Erledigung berechtigter Wünsche solange, wie bisher, warten zu lassen.

Inzwischen ist eine Eingabe, in der eine möglichst baldige und angemessene Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter und Straßenbahner beantragt wird, an die Stadtverwaltung eingeschickt worden.

Zeigen nun die städtischen Arbeiter durch rege gewerkschaftliche Tätigkeit, daß sie ernstlich gewillt sind, für die in der Eingabe geäußerten Wünsche einzutreten, so wird der Erfolg hoffentlich nicht ausbleiben.

Düsseldorf. (Straßenbahner.)

Gute Fortschritte macht in letzter Zeit unsere hiesige Ortsgruppe der Straßenbahner wieder. Allmählich bricht sich auch bei denen, die bei Kriegsausbruch der Bewegung untreu geworden waren, die Einsicht Bahn, daß es auch jetzt, oder gerade jetzt ohne gewerkschaftliche Organisation nicht geht. Die Kollegen und auch manche Kolleginnen sehen ein, daß mit der Interessenlosigkeit und dem Indifferenzismus gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation auch der Grund zu Klagen und Beschwerden in den Betrieben wächst. Daß all diesen Klagen und Beschwerden gegenüber aber der einzelne Kollege machtlos ist. Daß es vielmehr der rührigen Mitarbeit aller Kollegen bedarf, um unseren Einfluß so zu stärken, daß wir auf Abstellung der vorhandenen Mängel und Mißstände mit Erfolg drängen können. Sorgen die Düsseldorfser Straßenbahner dafür, daß in nicht allzu ferner Zeit kein einziger Unorganisierter mehr unter den Kollegen ist, so werden wir auch den schweren Aufgaben gerecht, die uns noch während und besonders nach dem Kriege bevorstehen.

Essen. In einer im überfüllten Saal des Alfredshauses stattgefundenen Versammlung wurde nach einem Vortrage unseres Bezirksleiters, Kollegen Krumbé, Köln, beschlossen, eine Eingabe an die Stadtverwaltung um Erhöhung des Einkommens der städtischen Arbeiter zu richten. Man war der Ansicht, daß es wohl am zweckmäßigsten sei, eine Erhöhung der Steuerungsulagen zu beantragen, da für eine allgemeine Neuregelung der Lohnordnungen, wie sie von seiten des sozialdemokratischen Verbandes jetzt in verschiedenen Städten beantragt worden sei, die Stadtverwaltungen sehr schwer zu haben seien. (Eine nähere Begründung für diese Auffassung, wie sie vom Referenten gegeben wurde, enthält der Bericht dieser Nr. unter „Hagen“.)

Eine Anzahl der anwesenden Kollegen erklärten ihren Beitritt zum Verbands. Ein Beweis dafür, daß die Einsicht, daß die gewerkschaftliche Tätigkeit auch während der schweren Kriegszeit zweckmäßig ist, immer mehr zunimmt. Uebrigens kann man in unserer Ortsgruppe feststellen, daß es einem großen Teile unserer Essener Kollegen, und das kann zu ihrer Ehre betont werden, einer ganzen Anzahl von älteren Kollegen mit grauen Köpfen wirklich ernst mit ihrer Treue zur gewerkschaftlichen Organisation ist. Wenn es so, wie in letzter Zeit, in der Essener Ortsgruppe weitergeht, so dürfen die im Felde stehenden Kollegen mit Stolz von ihren Kollegen daheim und ihrem bewährten Vorstände sagen, daß auch sie hinter der Front ihre Pflicht getan. Nur weiter so, Kameraden in den städtischen Betrieben Essens. Die wichtigen Aufgaben und ebl. wirtschaftlichen Kämpfe nach dem

Kriege sollen auch uns gemappnet finden. Unsere Ortsgruppe muß eine der ersten in unserem Verbands werden.

Bonn. Eine Eingabe um Aufbesserung des Einkommens der städtischen Arbeiter und der Straßenbahner wurde von Seiten unseres Verbandes an die hiesige Stadtverwaltung gerichtet. Es darf wohl erwartet werden, daß die darin geäußerten Wünsche möglichst bald erledigt werden.

Für manche städtischen Arbeiter, wie auch manche Straßenbahner aber dürfte die Mahnung am Platze sein, mehr, wie bisher, durch Einigkeit und geschlossenes Vorgehen in der gewerkschaftlichen Organisation an der Verwirklichung berechtigter Wünsche mitzuarbeiten. Denn nicht nur in den meisten städtischen Betrieben, sondern besonders auch im Straßenbahnbetriebe harren noch eine ganze Menge Wünsche und Beschwerden ihrer Erledigung. Solange aber die Kollegen die ganze Arbeit und Mühe nur einigen wenigen alten, eifrigen, treuen Kollegen überlassen, kann an eine Erledigung derselben nicht gedacht werden.

Düsseldorf. Trotz wiederholter Anträge und Anregungen unsererseits kann sich die hiesige Stadtverwaltung anscheinend immer noch nicht dazu entschließen, eine größere Einheitlichkeit bei Gewährung der Teuerungszulagen für die städtischen Arbeiter durchzuführen. Ob es der städtischen Verwaltung nicht bekannt ist, welche Ungleichheiten nach dieser Richtung hin in den verschiedenen Betrieben bestehen, wissen wir nicht. Tatsache ist, daß infolge dieser ungleichmäßigen Behandlung große Unzufriedenheit unter den städtischen Arbeitern herrscht, der in letzter Zeit in verschiedenen Versammlungen sehr stark Ausdruck gegeben wurde. Wir sind überzeugt, daß die städtischen Arbeiter sich derartige Ignorierung ihrer berechtigten Wünsche auf die Dauer nicht bieten lassen. Auch die Geduld der städtischen Arbeiter hat ihre Grenzen. Wenn man nun sieht, wie alle Wünsche in den einzelnen Betrieben, mögen sie nun von einzelnen Arbeitern, von den Arbeiterausschüssen, oder von den Organisationen im Auftrage der Arbeiter vorgebracht werden, entweder mit Nebenarten erledigt, oder überhaupt nicht beachtet werden, so braucht man sich nicht zu wundern, wenn die Arbeiter allmählich rebellisch werden. Sache der Stadtverwaltung muß es sein, mol in den einzelnen Betrieben gründlich nach dem Rechten zu sehen. Gut würde es vor allem sein, die Arbeiterausschüsse der einzelnen Betriebe über die bestehenden Wünsche und Beschwerden zu hören. Dazu wird es in manchen Betrieben notwendig sein, diese Ausschüsse, in denen durch die Einberufungen zum Militär starke Lücken entstanden sind, zu ergänzen. Wir sind überzeugt, daß es nur des guten Willens der Stadtverwaltung bedarf, um manchen Wünschen der Arbeiterschaft gerecht zu werden. Eine der wichtigsten Pflichten der Verwaltung aber ist es momentan, die Einkommensverhältnisse der städtischen Arbeiter einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Durch die von Seiten der Stadt an ihre Arbeiter bewilligten Zulagen ist ein Ausgleich gegenüber den starken Preissteigerungen niemals geschaffen worden. Die Arbeiter wissen auch, daß ein voller Ausgleich nicht leicht möglich ist. Die bisher gewährten Zulagen stellen aber einen sehr geringen Teil eines Ausgleichs dar, nachdem in letzter Zeit die Preissteigerungen immer stärker geworden sind, eine Erhöhung des Einkommens unbedingt erforderlich ist. Nur dadurch können die städtischen Arbeiter vor äußerster Not und Entbehrung geschützt werden.

Eine entsprechende Eingabe ist denn auch von Seiten unseres Verbandes an die Stadtverwaltung eingereicht worden. Hoffen wir, daß die Verwaltung das erforderliche soziale Verständnis für unsere berechtigten Wünsche zeigt.

Volkswirtschaftliches und Soziales.

Aus der Landwirtschaft. Jüngst hielten die westfälischen ländlichen Genossenschaften ihre Verbandstagung ab, auf der laut Bericht der „Köln. Volkszeitung“ folgendes mitgeteilt wurde: „Die Spar- und Darlehnskasse hatte bei 97 755 Mitgliedern einen Gesamtumsatz von 476 Millionen Mk. An Spareinlagen waren dem Verein über 254 1/2 Millionen Mk. anvertraut, die Summe, der von ihnen ausgegebenen Darlehen betrug über 216 1/2 Millionen Mk. Der Geldzufluß hielt ununterbrochen an, so daß die Vereine an überschüssigen Geldern über 132 Millionen Mk. an die ländliche Zentralkasse abführen konnten; gegen 72 Millionen Mk. im Jahre 1914 und 66 Millionen Mk. im Friedensjahre 1913. Das Darlehensgeschäft war dagegen auf das geringste Maß zurückgegangen.“

Daß diese „Opfer“ der Landwirtschaft beim Lohnarbeiter, der um jeden Pf. Lohnerhöhung ringen muß, eigen-

artige Gefühle auslösen, ist leicht verständlich. Allerdings gibt es auch nicht wenige Lohnarbeiter, denen alle diese Vorgänge gleichgültig zu sein scheinen. Denn anders ist es nicht zu verstehen, wenn so viele Arbeiter ihrer Organisation fernbleiben und es dadurch mitverschulden, wenn die Arbeiterinteressen nicht genügend gewahrt werden können.

In Köln konnte kürzlich der erste Beigeordnete in einer Stadtverordnetenversammlung mitteilen, daß Landwirte von einem Morgen großen Kartoffelfelde Kartoffeln im Werte von 1500 Mk. ernteten.

Unter dem Personalmangel scheinen die Bergischen Kleinbahnen nicht zu leiden. In ihren Betriebsräumen ist nämlich folgender Anschlag angebracht:

„Gut Befanntmachung der Betriebsverwaltung haben die Schaffnerinnen die Vorgesetzten durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung zu grüßen.“

Anscheinend sitzen in der Betriebsverwaltung noch Leute, die nichts vernünftiges zu tun haben, und dann auf einen derartigen Mumpitz verfallen, womit sie dann ihre Zeit totschlagen. Oder ist der betreffende Beamte als Landsturmmusikant eingezogen gewesen und wegen Reklamation wieder entlassen? Es scheint fast so, als wenn er für ein paar Wochen in den militärischen Betrieb hineingezogen habe, ohne aber den Sinn und den Zweck der militärischen Formen kennen zu lernen und nun glaubt, diese ganz schematisch auf den Straßenbahnbetrieb übertragen zu müssen.

Bei nur einigem ruhigen Nachdenken muß sich doch ein jeder nur in etwa sozial denkender Mensch sagen, daß es nicht angängig ist, weder im Interesse der Bahnen, noch der glatten Abwicklung des Verkehrs, die abgehetzten, schwer um ihr bißchen Brot ringenden Schaffnerinnen dienstlich noch mehr zu belasten, wie es unbedingt nötig ist. Wenn schon der eigentliche Dienst wenig den weiblichen Anlagen angepaßt ist, dann sollte man sich hüten, weitere Anforderungen zu stellen, die noch viel mehr der weiblichen Eigenart widersprechen. Geradezu lächerlich und abstoßend wirkt es, wenn die Schaffnerin in ihren ungewohnten, gewohnten Formen den Vorgesetzten mit einem guten Morgen begrüßt, aber keine Antwort bekommt, vielmehr im Kasernenhofen die Aufforderung erhält: „Hand hoch!“

Die Bergischen Kleinbahnen, bekannt schon seit Jahren wegen ihrer schlechten Lohn- und Dienstverhältnisse, werden jedenfalls sich durch derartige Maßnahmen keine seghafte Anstellungsschaft und ausreichendes Personal sichern.

Literarisches.

Soldatenkatechismus. Das „Handbuch der praktischen Kriegsfürsorge“, dessen Erscheinen in allen interessierten Kreisen mit großem Beifall aufgenommen wurde, ist vollständig vergriffen. Auf vielseitiges Verlangen hat sich der Christliche Gewerkschaftsverlag entschlossen, eine billige Massenaufgabe mit ergänztem Inhalt herauszugeben. Diese hauptsächlich für Lazarett- und Soldaten bestimmte erweiterte Neuauflage trägt den Titel: „Soldaten-Katechismus des Kriegs-Unterstützungs- und Versorgungswezens“. Der Preis der Schrift, die in Kürze erscheinen und allen Kriegsteilnehmern ein unentbehrlicher Ratgeber sein wird, beträgt 60 Pf. Bestellungen können bei der Geschäftsstelle unseres Verbandes erfolgen.

Die Evangelisch-soziale Schule versendet jeben ihren Tätigkeitsbericht. Die 16 Seiten starke Schrift beweist, wie nachdrücklich die Leitung der Schule ihre Aufgaben wahrnahm. Die Evangelisch-soziale Schule wurde am 1. Januar 1913 gegründet. So hat sie nur kurze Zeit bis zum Ausbruch des Krieges ungestört ihre Arbeit vollführen können. Der Bericht gibt aber ein lebendiges Bild über eine Reihe veranstalteter sozialer, volkswirtschaftlicher Kurse für Arbeiterführer und -führerinnen, für Studenten, Jugendpfleger, Stadtmissionare und Arbeiter. Die Ausföhrung einer Anzahl, auch für Glieder anderer Stände vorbereiteter Kurse, wurde durch den Krieg unmöglich. Während des Krieges wurde aber die soziale Aufklärungsarbeit, trotz sich türmender Schwierigkeiten, fortgesetzt. Die Notwendigkeit evangelisch-sozialer Aufklärungsarbeit in den verschiedensten Ständen und Schichten des evangelischen Volkes wird heute von allen Seiten anerkannt und gewürdigt. Die Arbeit der Evangelisch-sozialen Schule gewinnt bei Arm und Reich mehr und mehr tatkräftige Freunde und Förderer.

Der Tätigkeitsbericht der Schule wird auf Wunsch an Jedermann bereitwilligst versandt.

Redaktion und Verlag: G. C i e m a n n, Köln, Venloerwall 9.
 Druck: Köln-Ehrenfelder Handeldruckerel, Marast. 9.